

BESCHLUSS

des 69. Ord. Bundesparteitags der FDP, Berlin, 12. bis 13. Mai 2018
(vorbehaltlich der Überprüfung durch das Wortprotokoll)

Recht wahren, Werte verteidigen, Dialog führen – zehn Vorschläge für die Zusammenarbeit mit Russland

Russland hat durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und das militärische Eingreifen in der Ostukraine die seit dem 2. Weltkrieg geltende Weltfriedensordnung gravierend verletzt. Grenzen mit militärischen Mitteln zu verändern, ist ein Tabubruch, der nicht hingenommen werden darf. Dennoch gilt: Für liberale Außenpolitik in der Tradition Hans-Dietrich Genschers endete Europa nie an der Außengrenze der Europäischen Union (EU). Die Nachbarn im Osten sind Teil Europas, Deutschland und die EU bleiben mit Russland wirtschaftlich, kulturell und politisch eng verbunden. Um Frieden und Stabilität in Europa und der Welt zu sichern, ist konstruktive Zusammenarbeit auf Basis des Völkerrechts unverzichtbar. Wenn diese nicht möglich ist, so ist dennoch der ständige Dialog das Mittel der Wahl, um Missverständnisse über die jeweiligen Absichten zu vermeiden.

Um einen weiteren Anstieg der Spannungen mit möglicherweise gefährlichen Fehleinschätzungen der Entscheidungsträger zu vermeiden, setzen wir Freie Demokraten uns für die folgenden zehn Punkte ein:

1. Im Gespräch bleiben

Wir Freie Demokraten wollen Gesprächskanäle auch für die Zukunft offenhalten, denn Dialog ermöglicht gegenseitiges Verstehen, was zu mehr Sicherheit führen kann. Grundlage des Dialogs sind die drei Dimensionen des Helsinki-Prozesses:

- a. Vertrauensbildende Maßnahmen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich,
- b. Wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation und
- c. Humanitäre Maßnahmen zum Schutz der Bürgerrechte.

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass der Dialog mit Russland nur von der festen Grundlage der klaren und unzweideutigen Verankerung Deutschlands in EU und NATO geführt werden kann. All jenen, die Deutschlands Westbindung mit dem Ziel einer angeblichen "Äquidistanz" aufweichen wollen, erteilen wir eine klare Absage. Ziel des Dialogs mit Russland muss die Rückkehr des Landes zum Völkerrecht, ein Ende der Gewalt und die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens sein.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Problemfelder klar zu benennen, um Interessenkonflikte zu verstehen und mit dem Ziel ihrer Auflösung zu bearbeiten. Dabei gebietet die Ehrlichkeit zu sagen, dass es weder schnelle noch einfache Lösungen geben wird. Dies gilt für die politische

Ebene, die Vereinten Nationen (UN), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), den NATO-Russland-Rat sowie für das aktuelle Sanktionsregime. Die Rückkehr Russlands in ein G7+1-Format kann aus Sicht der Freien Demokraten helfen, den Dialog zu verstetigen und zu strukturieren.

2. Völkerrecht und europäische Friedensordnung in den Mittelpunkt stellen

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die staatliche Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beziehungsweise der OSZE sowie die in den wichtigsten Resolutionen der UN niedergelegten Prinzipien sind die Grundsteine der europäischen Friedensordnung.

Basis der Zusammenarbeit mit Russland sind die Europäische Menschenrechtskonvention, die KSZE-Schlussakte, die Charta von Paris und das Budapester Memorandum, in dem Russland die Unabhängigkeit der Ukraine 1994 ausdrücklich anerkannt hat. Daher steht das Recht der Ukraine und anderer östlicher Nachbarn der EU auf freie Bündniswahl in voller Souveränität außer Frage. Diese Prinzipien, zu denen sich Russland wiederholt ausdrücklich bekannt hat, sind für uns Freie Demokraten die Grundlage des Dialogs.

Wir stehen zu den gegen Russland verhängten Sanktionen. Im Fall einer weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss Europa diese weiter verschärfen, denn sie sind kein Selbstzweck, sondern dienen einzig der Wiedereingliederung Russlands in die internationale Friedensordnung. Dabei muss die EU unbedingt mit einer Stimme sprechen. Im Gegenzug können Sanktionen bei einem substanziellen Einlenken der russischen Regierung gelockert oder aufgehoben werden. Bei der Umsetzung des Minsk-Prozesses muss auch die Ukraine ihrer Verantwortung gerecht werden.

3. Unfreundlichen Akten entschlossen begegnen

Desinformationskampagnen, hybriden Bedrohungen und Propaganda muss Deutschland entschieden entgegentreten. In Anlehnung an die „Global Strategy“ der EU sprechen wir Freie Demokraten uns dafür aus, die nötigen institutionellen und politischen Schritte einzuleiten, um die Widerstandsfähigkeit der europäischen Mitgliedsstaaten und ihrer Gesellschaft zu stärken. Der Bundesnachrichtendienst muss seine Anstrengungen verstärken, Entscheidungsträger auf allen staatlichen Ebenen darüber zu informieren, ob es Akte gibt, die auf die Beeinflussung von Wahlen in Deutschland abzielen. Im Interesse demokratisch-pluralistischer Informationsversorgung muss es der Deutschen Welle ermöglicht werden, auch im deutschen Inland ihr mehrsprachiges Angebot bereitzustellen. Dabei soll insbesondere auch der Zugang zum russischsprachigen Programm der Deutschen Welle für die russischsprachige Bevölkerung in Deutschland vereinfacht werden.

4. Gemeinsame Interessen gemeinsam verfolgen

Deutschland, die EU und Russland bleiben durch gemeinsame außenpolitische Interessen wie etwa der Schaffung von Stabilität in Zentralasien und Afghanistan verbunden. In der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, unter dem die Menschen in Russland gelitten haben und von dem sie sich wie Deutsche und EU-Bürger zu Recht nach wie vor bedroht fühlen, ist ein gemeinsames Vorgehen zwingend geboten. Das gilt auch für die Eindämmung der Verbreitung von nuklearem Material, das zur Waffenherstellung genutzt werden kann. Gegenüber dem Iran hat es eine gemeinsame Linie in den Verhandlungen gegeben, diese muss auch in der Umsetzungsphase aufrechterhalten werden. Insbesondere im Nahen Osten sollten die EU und die USA gemeinsam

mit Russland auf die Schaffung der Rahmenbedingungen für einen Mechanismus für Sicherheit und Zusammenarbeit hinwirken und mit den Staaten der Region einen entsprechenden Prozess, orientiert am KSZE-Modell, initiieren. Die russische Führung muss verstehen, dass deutsche Außenpolitik weder von der EU-Außenpolitik, noch von den Werten unseres liberalen demokratischen Systems und den Menschenrechten zu trennen ist.

5. Demokratie fördern und stärken

Russland stellt sein autoritär-nationalistisches Gesellschaftsmodell zunehmend als Alternative zu den Wertevorstellungen der liberalen, westlichen Demokratien dar. Statt die dringend notwendige Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft durchzuführen, werden grundlegende Prinzipien wie Presse- und Versammlungsfreiheit, die Freiheit des politischen und religiösen Bekenntnisses, freie Wahlen und die Unabhängigkeit der Justiz und der Presse unterminiert. Oppositionelle werden durch die Justiz an der Teilnahme am politischen Wettbewerb gehindert, durch Propaganda persönlich gebrandmarkt oder sogar an Leib und Leben bedroht. Mehrere Todesfälle sind nicht endgültig aufgeklärt.

Mit großer Sorge sehen wir, dass die russische Regierung seit Mitte 2017 seine verpflichtenden Beitragszahlungen an den Europarat verweigert. Gerade der Europarat, mit seinen 47 Mitgliedsstaaten und den für die Zivilgesellschaft besonders wichtigen Organen wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, darf nicht geschwächt werden. Schon aus eigenem Interesse muss Russland daher seine Zahlungen zügig leisten und wieder eine Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates benennen, um zu vermeiden, dass andere Staaten dies als Versuch der politischen Erpressung deuten könnten.

Die menschenrechtliche und demokratische Dimension der OSZE darf auf keinen Fall ausgeblendet werden. Daher unterstützen wir Freie Demokraten Wahlbeobachtungsmissionen wie während der letzten Präsidentschaftswahl im März diesen Jahres und setzen den Dialog mit demokratischen oppositionellen Kräften fort. Ziel ist dabei nicht „regime change“, wie fälschlicherweise unterstellt, sondern die Unterstützung eines fairen politischen Wettbewerbs.

6. Zivilgesellschaft unterstützen

Kritik an der russischen Regierungsführung ist nicht gleichbedeutend mit Kritik an Russland. Die gegen Russland verhängten Sanktionen stellen keine Abkehr von der russischen Zivilgesellschaft dar. Vielmehr unterstützen wir die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, Politischen Stiftungen und unseren liberalen Partnern. Kontakte in anderen Bereichen, etwa in der Wirtschaft oder Kultur, sind in erheblichem Maße von den Kontakten in der Zivilgesellschaft abhängig. Mit großer Sorge beobachten wir die Lage der Opposition und Zivilgesellschaft in Russland und fordern von der Bundesregierung, Verletzungen der Grund- und Menschenrechte klar zu benennen. Klar ist: Zivilgesellschaftliche Kontakte zwischen Russland und der EU sind integraler Bestandteil jedes Dialogs. Daher kritisieren wir die Einführung von Gesetzen, die diesen Dialog behindern. Hier sind unter anderem die folgenden Gesetze zu nennen:

- a. Das Gesetz von 2013, dem nach Nichtregierungsorganisationen, welche Geld aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ gebrandmarkt werden.
- b. Das Gesetz über unerwünschte ausländische Organisationen vom Mai 2015, welches russische Nichtregierungsorganisationen von ausländischer Finanzierung und internationaler Zusammenarbeit abschneidet.

7. Kultur und Wissenschaft zu Brücken machen

Deutschland und Russland können auf einen bis ins Mittelalter zurückreichenden kulturellen und wissenschaftlichen Austausch aufbauen. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Diversität und Freiheit von Kunst, Kultur und Wissenschaft ein und fördern den freien Austausch auf der Regierungs- und der zivilgesellschaftlichen Ebene. Wir müssen einander besser verstehen, im wahrsten Sinne des Wortes. Russischunterricht muss in Deutschland denselben Stellenwert haben, wie ihn Deutschunterricht in Russland hat.

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Unterstützung von Mittlerorganisationen wie dem Goetheinstitut und dem Institut für Auslandsbeziehungen ein und wollen die Kooperationsbeziehungen zwischen Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausbauen.

8. Wirtschaftliche Zusammenarbeit vertiefen

Wenn Russland sich an demokratische Prinzipien und Völkerrecht hält, steht einem Freihandels- und Investitionsabkommen von Vancouver bis Wladiwostok aus liberaler Perspektive nichts entgegen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen ist aber nur möglich, wenn Russland sich an die Prinzipien der freien Marktwirtschaft, den Schutz des Eigentumes und die Unabhängigkeit der Justiz hält.

Deutschland und die EU sind bestrebt, Russland bei Strukturreformen und der Diversifizierung der Wirtschaft hin zu einer größeren Unabhängigkeit vom Öl und Gas behilflich zu sein und in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur zu investieren. Energie darf keine politische Waffe Russlands oder anderer autoritärer Regime werden. Daher setzen wir uns für eine gemeinsame europäische Energiepolitik ein, die es der EU ermöglicht, ihre Energiequellen zu diversifizieren und ihre Energieabhängigkeit von Russland zu reduzieren.

9. Denken in Einflusszonen überwinden

Wir Freie Demokraten betonen das Recht auf freie Bündniswahl und sind überzeugt, dass die wirtschaftliche und politische Stabilität der ehemaligen Sowjetrepubliken nicht nur im Interesse der EU, sondern auch im Interesse Russlands liegen.

Wir setzen uns insbesondere für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte, verantwortungsvolle Regierungsführung und die gesellschaftliche Entwicklung in der östlichen Nachbarschaft der EU ein und wollen mit den Partnerländern, die sich für ein Assoziierungsabkommen entschieden haben, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zusammenarbeiten. Diese Politik richtet sich ausdrücklich nicht gegen Russland, sondern strebt an, einen Raum der Zusammenarbeit mit und zwischen Staaten zu schaffen, die der EU auf absehbare Zeit nicht beitreten wollen oder können.

10. Sicherheit der Bündnispartner gewährleisten

Um hybriden Bedrohungen zu begegnen, müssen die Mitgliedsstaaten der EU und der NATO ihre Verteidigungs- und Widerstandsfähigkeit ausbauen. Im Rahmen einer abgestimmten politischen und militärischen Russland-Strategie innerhalb der NATO befürworten wir Freie Demokraten auch die derzeitige Stationierung von kleinen Verbänden in den östlichen Mitgliedsstaaten der NATO.

Russischen Einkreisungsängsten können wir nur durch größtmögliche Transparenz bezüglich unserer militärischen Planungen und Fähigkeiten begegnen. Der Sprachlosigkeit und Anspannung setzen wir das Angebot zu einer Zusammenarbeit entgegen, die Missverständnissen vorbeugt und Eskalationen verhindert.